Das Salzburger Archivgesetz

Von Fritz Koller

Mit Wirksamkeit vom 1. Juli 2008 ist das Salzburger Archivgesetz in Kraft getreten¹. In schlanken elf Paragraphen regelt es Sicherung und Nutzung von öffentlichem Archivgut sowie die Tätigkeit der damit betrauten Archive, als deren Träger das Land oder die Gemeinden auftreten. Schwerpunkte bilden der Zugang zu den Archivalien sowie Wirkungskreis und Aufgaben des Salzburger Landesarchivs als der größten derartigen Einrichtung im Land.

Nach dem Ende der Monarchie 1918 wurde die Frage, ob das österreichische Archivwesen zentral als Bundeskompetenz oder föderal mit einer Zuständigkeit der Länder geregelt werden sollte, zugunsten der zweiten Möglichkeit entschieden. Dem Bund verblieben die großen Zentralarchive der Monarchie in Wien, unter denen das ehrwürdige Haus-, Hof- und Staatsarchiv gewissermaßen als „Flaggschiff“ firmiert. Als Gesetzgeber beschränkte sich der Bund auf archivische Randbereiche wie eine Regelung der Archivarausbildung oder eine Gesetzgebung zum Archivalienschutz, bei der es sich um einen Teilbereich des Denkmalschutzes handelt. Der Kernbereich „Archivwesen“ ging in die Kompetenz der Länder über. Ohne jede gesetzliche Regelung entstanden auf dieser Grundlage unter ganz unterschiedlichen Voraussetzungen die neun österreichischen Landesarchive. Die beim Bund verbliebenen Zentralarchive wurden nach einer Vorstufe ab 1945 zum Österreichischen Staatsarchiv vereinigt.

80 Jahre hindurch erachteten es weder der Bund noch die neun Länder als zuständige Gesetzgeber für erforderlich, ihr Archivwesen gesetzlich zu regeln. In der Praxis ergab sich eine gut ausführbare Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern, die nur in einzelnen Bereichen — z. B. bei Übergabe und Verbleib des Archivgutes der Gerichte als Bundeseinrichtungen an die jeweils zuständigen Landesarchive — geregelt werden musste. Während sich somit unter den Archivträgern sehr brauchbare Regelungen ergaben, bestanden nach außen hin keine ähnlich günstigen Bedingungen. Das betraf insbesondere die Frage nach der Zugänglichkeit des Archivgutes seitens der Archivbenutzer. Solange sich die Forschungen auf weiter zurückliegende Zeiträume erstreckten und eine Beschäftigung mit dem 19. Jahrhundert bereits als anstößig und eine solche mit dem 20. Jahrhundert nahezu als unanständig galt, bestanden keine Probleme. Mit dem massiven Einsetzen der zeitgeschichtlichen Forschung nach 1945, mit ihrer forcierten Bezugnahme auf die Zwischenkriegszeit und insbesondere auf die Jahre nach 1938, konnten Konflikte nicht ausbleiben. Es war unübersehbar, dass einerseits die Archive u. a. aus ganz praktischen, archivtechnischen Gründen nicht in der Lage waren, ohne Verletzung von Datenschutzbestimmungen Einsichtsrechte in das Archivgut dieser gegenwartsnahen Zeiträume zu gewähren,

dass andererseits aber die Ausschließung von Einsichtwerbern jeder gesetzlichen Grundlage entbehrte². Auch als der Verfassungsgerichtshof in zwei Fällen nach der Klage abgewiesener Einsichtwerber auf die unhaltbare Situation hinwies, sahen sich die Gesetzgeber noch zu keinen Veränderungen veranlasst. Ein Umdenken ergab sich erst in Verbindung mit einer tiefgreifenden gesellschaftlichen Neuorientierung.

In der zweiten Hälfte der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts vollzog Österreich hinsichtlich der Vergangenheit 1938/45 eine Veränderung seiner Position von der Opfer- auf die Täterseite. Zur Aufarbeitung dieser Vergangenheit wurde durch die österreichische Bundesregierung die Österreichische Historikerkommission eingesetzt. Ihre Mitglieder verlangten ultimativ eine gesetzliche Regelung des Zugangs zum zeitnahen Archivgut. Im November 1998 wurde die Historikerkommission ins Leben gerufen, im Jänner 1999 gelangte der erste Entwurf des Österreichischen Bundesarchivgesetzes zur Aussendung. Dass er in den Ländern auf massive Ablehnung stieß, hatte nichts mit der Substanz des Gesetzes, sondern damit zu tun, dass mit diesem Gesetz jene Grauzone, die zwischen dem Bund und den Ländern im Archivwesen seit 1918 nie gesetzlich geregelt wurde, ausschließlich zugunsten des Bundes vereinnahmt werden sollte. Nachdem der Bund diese Ambitionen auf die tatsächlich gegebene Situation zurückgenommen hatte, konnte das Bundesarchivgesetz mit Wirksamkeit vom 1. 1. 2000 in Kraft treten. Ergänzend spielte auch die Neufassung des Datenschutzes, das Datenschutzgesetz 2000, eine Rolle.

Noch vor dem Bund hatte sich das Land Kärnten 1997 zu einem Archivgesetz veranlasst gesehen. Die Einsichtsfrist wurde in diesem zeitlich ersten österreichischen Archivgesetz mit 40 Jahren bestimmt, was bei dem sonst erkennbaren Trend zu einer 30-jährigen Frist eine einheitliche Regelung durch sämtliche österreichischen Gesetzgeber verhinderte. Von den übrigen Ländern haben sich bis jetzt Wien (2000), Oberösterreich (2003) und Salzburg zum Erlass eines Archivgesetzes entschlossen. Während das Kärntner Gesetz eine etwas singuläre Schöpfung bildet, sind die drei letztgenannten Gesetze trotz eines engen Bezuges auf das jeweilige Land untereinander vergleichbar und berücksichtigen auch das Verhältnis zum Archivwesen des Bundes und zum Bundesarchivgesetz.

In Salzburg enthielt bereits das Regierungsübereinkommen von 1999 die Anregung, für das Landesarchiv ein Archivstatut zu erlassen. Parallel zur gleichzeitigen legistischen Entwicklung in Österreich ergab sich rasch der Wunsch nach einem Salzburger Archivgesetz, das auch seitens des Landesrechnungshofs 2005 gefordert wurde. In Umsetzung des politischen Auftrages erarbeiteten daraufhin die Fachabteilung für Legislativ- und Verfassungsdienst sowie das Salzburger Landesarchiv den Entwurf für das Salzburger Archivgesetz. Bedenken gegen den Entwurf seitens des Gemeindeverbandes konnten ausgeräumt werden, den Einwänden einzelner politischer Mandatäre wurde durch Abänderungen in einer Form Rechnung getragen, bei der die Substanz des Gesetzes unangetastet blieb³.

Es ist kein Geheimnis, dass die Verabschiedung des Gesetzes durch den Salzburger Landtag am 23. April 2008 seitens des Landesarchivs vehement angestrebt wurde. Zu der gesetzlichen Regelung des Archivzugangs, die bei aller Berücksichtigung des Datenschutzes wünschenswert liberal gestaltet werden konnte, war längst ein weiteres, wenigstens ebenso bedeutsames Problemfeld hinzugetreten. Parallel zu den Arbeiten am Entwurf des Archivgesetzes begann beim Amt der Salzburger Landesregierung die Ausrollung des elektronischen Aktes. Für jene mittelfristige Zukunft Vorsorge zu tragen, in der diese elektronischen Akten zur Archivierung heran stehen werden, war der Leitung des Landesarchivs ein besonderes Anliegen. Trotz aller amtsinternen Vorschriften und sonstigen Regelungen verhält es sich so, dass die Organisationseinheiten der Verwaltung ihre (Papier-)Akten erst dann in das Landesarchiv transferieren, wenn die eigenen Aufbewahrungsmöglichkeiten aufgrund von Überfüllung überquellen. Selbstverständlich ist der Großteil dieses Materials nach dem Ablauf der gesetzlichen Fristen zu vernichten. Trotzdem ist hier ein geringer Anteil enthalten, der aus landeshistorischem Interesse als Archivgut eine dauernde Verwahrung im Landesarchiv verdient. Wenn nun Akten nicht mehr in Regalen stehen, sondern auf Servern laufen, entfällt für die Organisationseinheiten die Notwendigkeit, ihre Unterlagen nach bestimmten Fristen dem Archiv anzubieten. Dadurch besteht die Gefahr, dass die landeshistorische Überlieferung unterbrochen und dem Landesarchiv seine Rolle bei der Bildung dieser Überlieferung entzogen wird. Diese Gefahr ist mit dem Entstehen elektronischer Zwischenarchive bei einzelnen Verwaltungsträgern bereits real gegeben. Mit dem Salzburger Archivgesetz ist sichergestellt, dass sich in unserem Land eine solche Entwicklung nicht vollziehen wird. Das Salzburger Landesarchiv und die Archive der Salzburger Gemeinden werden auch in der elektronischen Gegenwart und Zukunft ihre Stellung behalten und dafür sorgen, dass hinsichtlich der Aufbewahrung der laufenden Akten die Rechtssicherheit für die Bevölkerung gewährleistet und hinsichtlich der Bewahrung des landeshistorischen Erbes für die Forschung die unverzichtbare Quellenbasis auch künftighin zur Verfügung stehen wird.

53. Gesetz vom 23. April 2008 über die Sicherung und Nutzung von öffentlichem Archivgut sowie die Tätigkeit der damit betrauten Archive (Salzburger Archivgesetz)

Der Salzburger Landtag hat beschlossen:

Inhaltsverzeichnis

- § 1 Anwendungsbereich
- § 2 Begriffsbestimmungen
- § 3 Archivierung
- § 4 Schutzfristen
- § 5 Benutzung
- § 6 Erhaltung und Schutz des Archivgutes
- § 7 Salzburger Landesarchiv
- § 8 Gemeindearchive
- § 9 Behörden
- § 10 Verweisungen
- § 11 Inkrafttreten

Anwendungsbereich

§ 1

(1) Dieses Gesetz regelt das Archivieren, die Sicherung und die Nutzung von öffentlichem Archivgut und Archivgut von öffentlichem Interesse sowie die Tätigkeit jener Archive im Land Salzburg, die öffentliches Archivgut verwahren (öffentliche Archive).

(2) Dieses Gesetz gilt nicht für

1. Personen und Einrichtungen, die dem Bundesarchivgesetz unterliegen;
2. gesetzlich anerkannte Kirchen und Religionsgesellschaften oder für Rechtsträger, die auf Grund von deren Rechtsvorschriften gebildet sind;
3. sonstige Personen und Einrichtungen, soweit ihre Unterlagen nicht öffentliches Archivgut oder Archivgut von öffentlichem Interesse darstellen;
4. die Archive der im Landtag vertretenen politischen Parteien.

Begriffsbestimmungen

§ 2

Im Sinn dieses Gesetzes bedeutet:

1. Archivgut des Landes:
 - a) alle archivwürdigen Unterlagen, die bei Behörden und Dienststellen des Landes mit Ausnahme der betriebsähnlichen Einrichtungen (lit d), aber einschließlich den Büros der Regierungsmitglieder sowie beim Landtag und beim Landesrechnungshof anfallen;

- b) jene archivwürdigen Unterlagen, die von Bundesbehörden und -einrichtungen im Sinn von § 2 Z 4 des Bundesarchivgesetzes mit Sitz im Land Salzburg dem Land Salzburg übereignet und von diesem übernommen werden;
 - c) jene archivwürdigen Unterlagen, die vom Land Salzburg durch eine zivilrechtliche Erwerbsart erworben werden;
 - d) alle archivwürdigen Unterlagen, die bei betriebsähnlichen Einrichtungen des Landes anfallen.
2. Archivgut von öffentlichem Interesse:
alle archivwürdigen Unterlagen, die anfallen:
- a) bei juristischen Personen des öffentlichen Rechts, deren gesetzliche Regelung in die Kompetenz des Landes fällt, mit Ausnahme der Gemeinden und Gemeindeverbände;
 - b) bei den vom Landesrechnungshof nach § 6 Abs 1 lit b, c oder d des Landesrechnungshofgesetzes 1993 zu prüfenden Einrichtungen oder Unternehmungen;
 - c) bei Unternehmungen, an denen eine Gemeinde oder ein Gemeindeverband mit mindestens 50% des Grund-, Stamm- oder Eigenkapitals beteiligt ist oder die auf Grund anderer finanzieller oder sonstiger wirtschaftlicher oder organisatorischer Maßnahmen durch eine Gemeinde oder einen Gemeindeverband beherrscht werden.
3. Archivieren: eine Tätigkeit im öffentlichen Interesse, die das Erfassen, Bewerten, Übernehmen, dauernde Verwahren oder Speichern sowie das Erhalten, Restaurieren, Ordnen, Erschließen und Nutzbarmachen von Archivgut umfasst. Darunter fällt jedenfalls auch die Verarbeitung von Daten, insbesondere auch von sensiblen Daten im Sinn des § 4 Z 2 des Datenschutzgesetzes 2000, zum Zweck der Erfüllung der in diesem Landesgesetz geregelten Angelegenheiten.
4. Archivwürdig: Unterlagen, die auf Grund ihrer rechtlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Bedeutung für Gesetzgebung, Rechtspflege, Verwaltung, wissenschaftliche Forschung sowie für das Verständnis von Geschichte und Gegenwart von bleibendem Wert sind.
5. Findmittel: alle Hilfsmittel und ergänzenden Daten, die für das Verständnis von Archivgut, dessen Nutzung und Auswertung notwendig sind.
6. Gemeindearchiv: eine organisatorisch eigenständige Einrichtung einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes, die vorwiegend zum Zweck der Archivierung von Unterlagen dient und der fachlich geeignetes Personal zur Verfügung steht.
7. Archivgut von Gemeinden:
- a) alle archivwürdigen Unterlagen, die bei Gemeinden oder Gemeindeverbänden anfallen;
 - b) jene archivwürdigen Unterlagen, die von einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband erworben werden.

8. Öffentliches Archivgut: Archivgut des Landes und Archivgut von Gemeinden.
9. Schutzfrist: jener Zeitraum, in dem eine Benutzung des Archivguts durch Dritte nicht zulässig ist.
10. Unterlagen: alle analog oder digital aufgezeichneten Informationen (Schrift-, Bild- und Tonaufzeichnungen) sowie alle Findmittel.

Archivierung

§ 3

(1) Die im § 2 Z 1 lit a und d erfassten Behörden, Dienststellen und Einrichtungen des Landes haben alle Unterlagen, die sie nicht mehr ständig benötigen, nach Ablauf einer in den Organisationsvorschriften festgelegten Frist oder spätestens nach 30 Jahren dem Landesarchiv zur Übernahme anzubieten und bis dahin sorgsam aufzubewahren. Für digitale Unterlagen gilt eine Frist von längstens zehn Jahren. Die angebotenen Unterlagen im Sinn von § 2 Z 1 lit a sind bei Archivwürdigkeit dem Landesarchiv zu übergeben bzw von diesem zu übernehmen, die Unterlagen im Sinn von § 2 Z 1 lit d können übergeben bzw übernommen werden. Angeboten sowie bei Archivwürdigkeit übergeben und übernommen werden müssen bzw können auch Unterlagen, die personenbezogene Daten enthalten, welche entweder der Amtsverschwiegenheit, dem Datenschutzgesetz 2000 oder sonstigen Geheimhaltungsvorschriften einschließlich solcher über Berufsgeheimnisse unterliegen oder nach einer Rechtsvorschrift gelöscht werden müssten, wenn nicht die Speicherung der Daten unzulässig war. Die Unterlagen sind grundsätzlich in der ursprünglichen Ordnung und mit den zugehörigen Findmitteln anzubieten und zu übergeben. Digitale Unterlagen, deren Übergabeformat nicht durch Organisationsvorschriften geregelt ist, sind in einem mit dem Landesarchiv abzustimmenden Format zu übergeben. Ab dem Zeitpunkt der Übergabe verfügt ausschließlich das Landesarchiv im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen über das Archivgut.

(2) Archivgut von öffentlichem Interesse, das nicht mehr ständig benötigt wird, ist von den im § 2 Z 2 lit a und b erfassten juristischen Personen des öffentlichen Rechts, Einrichtungen und Unternehmungen nach Ablauf einer in den Organisationsvorschriften festgelegten Frist oder spätestens nach zehn Jahren zu archivieren. Dieses Archivgut kann, wenn das Land Salzburg zur Übernahme bereit ist, diesem übereignet oder gegen Entgelt zur dauerhaften Aufbewahrung überlassen werden. Abs 1 zweiter, vierter bis siebenter Satz gilt sinngemäß.

(3) Die Gemeinden und Gemeindeverbände haben archivwürdige Unterlagen, die sie nicht mehr ständig benötigen, nach Ablauf einer in den Organisationsvorschriften festgelegten Frist oder spätestens nach 30 Jahren zu archivieren. Abs 1 zweiter bis siebenter Satz gilt mit der Maßgabe, dass an

die Stelle des Landesarchivs das jeweilige Gemeindearchiv tritt, wenn die Gemeinde oder der Gemeindeverband über ein solches verfügt.

(4) Für Unternehmungen, die von § 2 Z 2 lit c erfasst werden, gilt Abs 2 sinngemäß mit der Maßgabe, dass an die Stelle des Landes Salzburg die jeweilige Gemeinde tritt.

(5) Die Archivwürdigkeit von Unterlagen nach § 2 Z 1 und 2 lit a und b wird vom Landesarchiv beurteilt. Die Archivwürdigkeit von Unterlagen nach § 2 Z 2 lit c wird vom Archiv der jeweils in Betracht kommenden Gemeinde oder, wenn diese über kein Gemeindearchiv verfügt, vom Bürgermeister oder von der Bürgermeisterin beurteilt. Zu diesem Zweck ist dem Landesarchiv, dem jeweiligen Gemeindearchiv bzw dem Bürgermeister oder der Bürgermeisterin ein vollständiger Einblick in die angebotenen Unterlagen zu gestatten. Bestehen zwischen der betroffenen Einrichtung, juristischen Person des öffentlichen Rechts oder Unternehmung und dem Landesarchiv, Gemeindearchiv bzw Bürgermeister oder der Bürgermeisterin unterschiedliche Auffassungen über die Archivwürdigkeit der Unterlagen, hat die Behörde einen Feststellungsbescheid über die Archivwürdigkeit zu erlassen.

(6) Archivwürdige Unterlagen, die in den Büros der Mitglieder der Landesregierung, des Präsidenten bzw der Präsidentin des Landtages und der Stellvertreter und Stellvertreterinnen, der Landtagsklubs, der Bürgermeister und Bürgermeisterinnen einer Gemeinde oder der sonstigen Mitglieder des Stadtratskollegiums und der Gemeinderatsklubs der Stadt Salzburg bzw der Gemeindevorstehung einer anderen Gemeinde anfallen und nicht mehr ständig benötigt werden, sind nach dem Ausscheiden der jeweiligen Amtsträger bzw Amtsträgerinnen aus der Funktion bzw Auflösung des Klubs zu archivieren. Die Archivwürdigkeit dieser Unterlagen wird vom jeweiligen Mitglied der Landesregierung usw beurteilt. Archivwürdige Unterlagen sollen dem Landes- bzw, wenn ein solches besteht, dem Gemeindearchiv oder einem öffentlich zugänglichen Parteiarchiv zur Archivierung übergeben bzw von diesem übernommen werden.

(7) Über die Übergabe bzw Übernahme von Archivgut ist eine Niederschrift aufzunehmen, die zu enthalten hat:

1. den Ort und das Datum der Übergabe und Übernahme;
2. die übergebende Einrichtung udgl;
3. die Bezeichnung und den Inhalt des Archivguts;
4. Erklärungen zu Eigentumsrecht, allfälligen Urheberrechten, Geheimhaltungsvorschriften und Schutzfristen betreffend das Archivgut.

Die Niederschrift ist vom Landesarchiv, Gemeindearchiv bzw Bürgermeister oder von der Bürgermeisterin dauernd aufzubewahren. Bei der Übergabe digitaler Unterlagen ist der Übergabezeitpunkt auch elektronisch festzuhalten.

(8) Wird Archivgut von anderen, nicht im § 2 erfassten Rechtsträgern dem Land (Landesarchiv) als Depositum unter Wahrung ihres Eigentums angeboten, ist im Fall der Übernahme zwischen dem Eigentümer des Archivguts und dem Land Salzburg ein schriftlicher Vertrag abzuschließen. Deposita unterliegen den gleichen Bestimmungen wie öffentliches Archivgut, soweit nicht durch besondere Rechtsvorschriften oder durch Vertrag Anderes bestimmt ist.

Schutzfristen

§ 4

(1) Öffentliches Archivgut, das nicht vor seiner Übergabe zur Archivierung bereits öffentlich zugänglich war, unterliegt einer Schutzfrist von 30 Jahren, soweit nicht gesetzlich anderes bestimmt ist.

(2) Der Lauf der Schutzfrist beginnt mit der letzten inhaltlichen Bearbeitung der Unterlagen. Sind die Unterlagen aktenmäßig zusammengefasst, läuft die Schutzfrist ab dem Datum des jüngsten Schriftstückes des Aktes.

(3) Öffentliches Archivgut, das sensible Daten im Sinn des § 4 Z 2 DSG enthält, unterliegt über 30 Jahre hinaus einer Schutzfrist bis zum Tod der betreffenden Person, es sei denn, diese hat einer Einsichtnahme schon zu Lebzeiten ausdrücklich zugestimmt. Ist der Todestag nicht oder nur mit großem Aufwand feststellbar, endet die Schutzfrist 100 Jahre nach der Geburt der betreffenden Person.

(4) Im Fall von archivwürdigen Unterlagen gemäß § 3 Abs 6 beginnt der Lauf der Schutzfrist mit dem Ausscheiden aus der jeweiligen Funktion. Während der Schutzfrist sind die Unterlagen gesondert unter Verschluss und versiegelt aufzubewahren. Im Fall digital verarbeiteter Aufzeichnungen ist eine fachgerecht gesicherte Datenspeicherung vorzunehmen.

Benutzung

§ 5

(1) Öffentliches Archivgut steht der Öffentlichkeit nach Ablauf der Schutzfrist zur Benutzung zur Verfügung. Die Benutzung durch die ehemals übergebende bzw nunmehr der Sache nach zuständige Einrichtung ist auch innerhalb der Schutzfristen zulässig.

(2) Die Benutzung von öffentlichem Archivgut kann eingeschränkt oder versagt werden, wenn

1. die Person, die die Benutzung wünscht, schwerwiegend gegen die Benutzungsordnung verstoßen hat;
2. der Benutzungszweck auch auf andere Weise, insbesondere durch Ein-

sichtnahme in Druckwerke oder Reproduktionen ausreichend erreicht werden kann oder

3. die erforderlichen Vorbereitungen und Maßnahmen einen nicht vertretbaren Verwaltungsaufwand verursachen würden.

(3) Zum Zweck der wissenschaftlichen Forschung oder aus besonders berücksichtigungswürdigen persönlichen Gründen kann vor Ablauf der Schutzfrist im Einzelfall auf schriftlichen Antrag die Benutzung gestattet werden, wenn keine gesetzlichen Vorschriften und keine überwiegenden schutzwürdigen öffentlichen oder privaten Interessen entgegenstehen. Diese Bewilligung kann mit Auflagen verbunden oder unter Bedingungen erteilt werden, die zur Sicherstellung der Rechte von Personen oder öffentlicher Interessen an der Beschränkung der Weitergabe von Daten erforderlich sind.

(4) Die Benutzung von Unterlagen nach § 4 Abs 4 ist vor Ablauf der Schutzfrist nur zulässig, wenn der ehemalige Funktionsträger oder die ehemalige Funktionsträgerin bzw der jeweilige Landtagsklub zugestimmt hat. Verstirbt die Person innerhalb der Schutzfrist, erteilt die Zustimmung zur Benutzung vor Ablauf der Schutzfrist für die Mitglieder der Landesregierung die Landesregierung, für die Präsidenten und Präsidentinnen des Landtages der Vorstand des Landtages, für den Bürgermeister oder die Bürgermeisterin und für die sonstigen Mitglieder des Stadtratskollegiums der Stadt Salzburg der Stadtssenat und für den Bürgermeister oder die Bürgermeisterin und die sonstigen Mitglieder einer Gemeindevorsteherung einer anderen Gemeinde die Gemeindevorsteherung; nach Ausscheiden einer Landtagspartei aus dem Landtag entscheidet der Vorstand des Landtages. (Verfassungsbestimmung) Die Zuständigkeiten des Vorstandes des Landtages stehen im Verfassungsrang.

(5) Die Benutzung von öffentlichem Archivgut ist nicht zulässig, wenn

1. Grund zur Annahme besteht, dass dadurch die öffentliche Sicherheit gefährdet werden würde oder sonstige öffentliche Interessen entgegenstehen;
2. dadurch gesetzlich geschützte Rechte Dritter verletzt werden würden;
3. dadurch das Archivgut gefährdet werden würde oder
4. die Schutzfrist noch nicht abgelaufen ist und keine Bewilligung gemäß Abs 3 oder Zustimmung gemäß Abs 4 vorliegt.

(6) Über die Versagung oder Einschränkung der Benutzung hat die Behörde auf Antrag der Person, die die Benutzung wünscht, mit Bescheid zu entscheiden.

(7) Die näheren Bestimmungen über die Benutzung öffentlichen Archivguts sind in der Benutzerordnung des jeweiligen Archivs festzulegen. Die Benutzerordnung für das Landesarchiv ist durch Verordnung der Landesregierung zu erlassen. Die Benutzerordnung hat insbesondere zu regeln:

1. die Vorgangsweise und die Sorgfaltspflichten bei der Benutzung von Archivgut;
2. die Herstellung von Kopien und anderen Reproduktionen;
3. die Haftung der Benutzer für Schäden am Archivgut;
4. die Nutzung des Archivgutes durch die ehemals übergebende Einrichtung;
5. die Möglichkeit der Einhebung von Entgelten für die Nutzung von Archivgut und den Kostenersatz für die Herstellung von Kopien und anderen Reproduktionen.

(8) Die Entgelte gemäß Abs 7 Z 5 sind unter Berücksichtigung des Benutzungszwecks nach dem Personal- und Sachaufwand, den die Benutzung dem Archiv verursacht, vom Direktor oder der Direktorin des Landesarchivs zu bestimmen. Aus besonders berücksichtigungswürdigen persönlichen Gründen des Nutzers, aus besonderem wissenschaftlichen Interesse oder öffentlichem Interesse kann von der Entrichtung eines Entgeltes abgesehen werden.

Erhaltung und Schutz des Archivgutes

§ 6

(1) Das öffentliche Archivgut und Archivgut von öffentlichem Interesse ist durch geeignete technische, konservatorische und organisatorische Maßnahmen sicher und sachgemäß auf Dauer zu erhalten sowie vor unbefugter Benutzung, Veränderung, Beschädigung oder Vernichtung zu schützen.

(2) Öffentliches Archivgut und Archivgut von öffentlichem Interesse ist geordnet zu lagern und durch geeignete Findmittel so zu erschließen, dass die Benutzung ohne unverhältnismäßigen Aufwand möglich ist.

(3) Digitales öffentliches Archivgut und digitales Archivgut von öffentlichem Interesse ist dem jeweiligen Stand der Technik entsprechend so zu speichern, dass seine Lesbarkeit dauerhaft sichergestellt ist.

Salzburger Landesarchiv

§ 7

(1) Das Salzburger Landesarchiv — in diesem Gesetz auch kurz als Landesarchiv bezeichnet — ist jene Organisationseinheit des Amtes der Landesregierung, die nach dessen Geschäftseinteilung mit der Besorgung des zentralen Archivaldienstes des Landes und der Verwaltung der Archivalien des Landes befasst ist.

(2) Die Aufgaben Salzburger Landesarchivs sind insbesondere:

1. die Archivierung von Archivgut des Landes Salzburg;

2. die Archivierung sonstiger archivwürdiger Unterlagen, soweit an deren Erhaltung ein öffentliches oder wissenschaftliches Interesse besteht;
3. die Beurteilung der Archivwürdigkeit von Unterlagen;
4. die archivfachliche Beratung der im § 2 Z 1 lit a erfassten Behörden udgl des Landes sowie von Gemeinden und Gemeindeverbänden;
5. die archivfachliche Beratung von im § 2 Z 2 erfassten juristischen Personen des öffentlichen Rechts, Einrichtungen und Unternehmungen sowie von privaten Interessenten nach Maßgabe der im Landesarchiv vorhandenen Möglichkeiten, soweit diese Beratung nicht vom jeweils in Betracht kommenden Gemeindearchiv wahrgenommen wird;
6. die Veranlassung von Maßnahmen zur Verwaltung, Aufbewahrung und Übergabe der archivwürdigen Unterlagen der im § 2 Z 1 lit a angeführten Stellen im Hinblick auf die spätere Archivierung;
7. die Veranlassung geeigneter Maßnahmen für die Erhaltung und Lesbarkeit digitalen Archivgutes des Landes und dessen Erschließung in Zusammenarbeit mit der mit den Aufgaben der Landesinformatik betrauten Organisationseinheit des Amtes der Landesregierung;
8. die Unterstützung von Recherchen und Forschungen im Archivgut des Landesarchivs sowie die Beratung bei der Bearbeitung historischer Fragestellungen;
9. die Ausarbeitung gutachtlicher Stellungnahmen und landeshistorischer Darstellungen sowie die Beratung in Fachfragen;
10. die Erstellung von Gutachten über die ordnungsgemäße Archivierung durch die Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen der der Landesregierung als Aufsichtsbehörde zukommenden Befugnisse;
11. die Unterstützung des Österreichischen Staatsarchivs bei der Wahrnehmung seiner im Denkmalschutzgesetz angeführten Aufgaben (Archivalienschutz);
12. die Vertretung der Interessen des Landes Salzburg in nationalen und internationalen, den Aufgabenkreis des Landesarchivs betreffenden Fachgremien.

(3) Das Landesarchiv hat seine Aufgaben nach dem jeweils neuesten Stand der Wissenschaften zu besorgen.

(4) Das Salzburger Landesarchiv wird von einem Direktor oder einer Direktorin geleitet, der bzw die von der Landesregierung zu bestellen ist.

Gemeindearchive

§ 8

(1) Die Gemeinde kann zur Erfüllung ihrer Archivierungspflicht gemäß § 3 Abs 3 ein Gemeindearchiv einrichten oder mit einer anderen Gemeinde, die über ein Gemeindearchiv verfügt, die Besorgung dieser Aufgabe für sie vereinbaren.

(2) Die Benutzerordnung für Gemeindearchive ist von der Gemeindevorstellung, in der Stadt Salzburg vom Stadtsenat zu erlassen.

Behörden

§ 9

(1) Behörde im Sinn dieses Gesetzes ist, soweit darin nicht anderes bestimmt ist:

1. die Landesregierung, soweit die behördlichen Aufgaben Archivgut des Landesarchivs betreffen;
2. der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin, soweit die behördlichen Aufgaben Archivgut der Gemeinde betreffen; die örtliche Zuständigkeit richtet sich danach, wo das Archivgut anfällt, bei Archivgut von Unternehmungen nach § 2 Z 2 lit c nach deren Sitz.

(2) Die auf Grund dieses Gesetzes den Gemeinden zukommenden Aufgaben sind solche des eigenen Wirkungsbereiches.

Verweisungen

§ 10

Die in diesem Gesetz enthaltenen Verweisungen auf Bundesgesetze gelten als solche auf die zitierte Stammfassung oder die Fassung, die sie durch Änderungen bis zu der im Folgenden letztzitierten erhalten haben:

1. Bundesarchivgesetz, BGBl I Nr 162/1999;
2. Datenschutzgesetz 2000 (DSG 2000) BGBl I Nr 165/1999, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl Nr 13/2005;
3. Denkmalschutzgesetz, BGBl Nr 533/1923, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl I Nr 170/1999.

Inkrafttreten

§ 11

(1) Dieses Gesetz tritt mit 1. Juli 2008 in Kraft.

(2) Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden auch auf Unterlagen und Archivgut Anwendung, die bzw das bereits vor dem im Abs 1 bestimmten Zeitpunkt angefallen sind bzw archiviert worden ist. Dies gilt auch in Bezug auf Archivgut des Landesarchivs, das aus der Zeit vor der Existenz Salzburgs als selbständiges Bundesland oder Kronland stammt, sowie in Bezug auf Archivgut von Gemeindearchiven, das aus der Zeit vor der Existenz der jeweiligen Gemeinde stammt.

53. Verordnung der Salzburger Landesregierung vom 28. April 2009 über die Benutzung von Archivgut des Salzburger Landesarchivs (Landesarchiv-Benutzerordnung)

Auf Grund des § 5 Abs 7 des Salzburger Archivgesetzes, LGBl Nr 53/2008, wird verordnet:

Voraussetzung für die Archivbenutzung

§ 1

(1) Das Salzburger Landesarchiv ist für jede Person zugänglich, die sich zur Einhaltung der Bestimmungen dieser Benutzerordnung verpflichtet.

(2) Die Archivbenutzer haben bei ihrem ersten Archivbesuch im jeweils laufenden Kalenderjahr ihre Identität nachzuweisen, ein Benutzeransuchen (Benutzerschein) auszufüllen und dieses zu unterfertigen. Im Benutzeransuchen sind Thema und Zweck der Forschungen anzugeben, gegebenenfalls auch der Name und die Anschrift des Auftraggebers.

Benutzung von Archivgut im Benutzersaal; Verhalten dort

§ 2

(1) Die Benutzung von Archivgut des Landesarchivs kann ausschließlich während der Öffnungszeiten des Landesarchivs in dessen Benutzersaal erfolgen. Ein Anspruch auf einen Arbeitsplatz im Benutzersaal besteht nicht. Archivgut darf aus dem Benutzersaal nicht eigenmächtig verbracht werden.

(2) Die Bestellung und Rückgabe von Archivgut und Arbeitsbehelfen sowie die Bestellung von Reproduktionen haben bei den Bediensteten zu erfolgen, die die Aufsicht im Benutzersaal führen (Saalaufsicht). Bei umfangreichen Bestellungen von Archivgut kann von der Saalaufsicht eine Beschränkung auf fünf Einheiten (Bände, Kartons etc) vorgenommen werden. Weitere Einheiten dürfen sodann erst nach Rückgabe des ausgefolgten Archivguts ausgegeben werden.

(3) Für die Herstellung von handschriftlichen Aufzeichnungen ist im Benutzersaal ausschließlich die Verwendung von Bleistiften gestattet. Die Verwendung von privaten EDV-Geräten ist nach Maßgabe der Arbeitsplätze und der technischen Einrichtungen zulässig.

(4) Arbeitspausen von mehr als einer Woche sind der Saalaufsicht vorangehend bekannt zu geben; andernfalls sind das bereit gestellte Archivgut und die ausgegebenen Arbeitsbehelfe zurück zu stellen.

(5) Der Abschluss der Benutzung ist der Saalaufsicht mitzuteilen. Gleichzeitig sind das bereit gestellte Archivgut und die ausgegebenen Arbeitsbehelfe vollständig, unversehrt und in der bei der Ausgabe bestehenden Ordnung zurück zu stellen.

(6) In den Benutzersaal dürfen nicht mitgenommen und müssen außerhalb verwahrt werden:

1. Taschen einschließlich Umhüllungen von Laptops,
2. Überbekleidung,
3. Speisen und Getränke.

(7) Im Interesse eines ungestörten Arbeitens ist im Benutzersaal Ruhe zu bewahren. Die Verwendung von Mobiltelefonen und Diktiergeräten ist nicht gestattet.

(8) Den Anweisungen der Bediensteten des Salzburger Landesarchivs zur Einhaltung der vorstehenden Bestimmungen ist Folge zu leisten.

Umgang mit Archivgut

§ 3

(1) Die Behandlung des bereit gestellten Archivguts und der ausgegebenen Arbeitsbehelfe hat mit größter Sorgfalt zu erfolgen.

(2) Insbesondere sind unzulässig:

1. das Verwenden von Archivgut als Schreibunterlage;
2. das Übereinanderlegen aufgeschlagener Bände;
3. das Anbringen von Kennzeichnungen sowie das Eintragen von Anmerkungen irgendwelcher Art auf bzw. in Archivgut oder Arbeitsbehelfen;
4. das Durchpausen von Archivgut.

(3) Das Blättern im Archivgut hat vorsichtig und ohne befeuchtete Hände zu erfolgen. Aus konservatorischen Gründen kann für die Benutzung von Archivgut die Verwendung von Schutzfolien oder die Benutzung von Handschuhen verlangt werden. Bei besonderem Schutzerfordernis kann Archivgut nur als Kopie bereitgestellt werden.

(4) Die Benutzer haben darauf zu achten, dass das bereit gestellte Archivgut nicht in Unordnung gerät oder miteinander vermischt wird.

(5) Die Benutzer dürfen in das anderen Benutzern bereit gestellte Archivgut nicht Einsicht nehmen und das ihnen bereit gestellte Archivgut nicht an andere Benutzer weiter geben.

(6) Zum Schutz des Archivguts kann die Archivleitung dem Benutzer vorgelegtes Archivgut wieder entziehen und die weitere Einsichtnahme verweigern.

Auswertung von Archivgut für Veröffentlichungen

§ 4

(1) Die Benutzung sämtlicher Bestände des Landesarchivs unterliegt den anwendbaren gemeinschafts-, bundes- und landesrechtlichen Vorschriften. Insbesondere sind urheberrechtliche Bestimmungen zu beachten und ist die Verwendung schutzwürdiger personenbezogener Daten nur nach Maßgabe des Datenschutzgesetzes 2000 in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Die Benutzer haben sich zu verpflichten, das Land Salzburg im Fall eines Verstoßes gegen derartige Vorschriften gegen jegliche Schadenersatzansprüche betroffener Dritter klag- und schadlos zu halten.

(2) Bei jeder Art der Veröffentlichung von Archivgut des Landesarchivs ist ein entsprechender Herkunftsvermerk, möglichst mit Angabe der Archivsignatur, anzubringen. Von Werken, die unter Verwendung von Archivgut des Landesarchivs verfasst werden, ist dem Landesarchiv im Fall der Veröffentlichung unentgeltlich ein Belegexemplar zu überlassen; dies gilt für approbierte Diplom- und Masterarbeiten, Dissertationen und Habilitationsschriften, auch wenn ihre Drucklegung noch nicht erfolgt ist.

Haftung

§ 5

(1) Die Benutzer haften für alle Schäden, die durch ihr Verschulden am Archivgut des Landesarchivs, an deren Einrichtungen oder an Rechten Dritter im Zusammenhang mit der Benutzung von Archivgut des Landesarchivs entstehen.

(2) Das Land Salzburg haftet nicht für Schäden am Eigentum von Archivbenutzern oder für gesundheitliche Schäden im Zusammenhang mit der Benutzung von Archivgut des Landesarchivs.

Einsichtnahme in Bibliothekswerke

§ 6

Die Einsichtnahme in Bibliothekswerke ist ausschließlich im Benutzersaal möglich und dient, soweit es sich dabei nicht selbst um historische Quellen handelt, vorrangig zur Unterstützung der Arbeit am Archivgut.

Entlehnung von Archivgut

§ 7

(1) Die Entlehnung von Archivgut des Landesarchivs ist nur für den Gebrauch im Amt der Landesregierung möglich, insbesondere durch jene

Organisationseinheit, bei der das Archivgut entstanden ist oder der nach ihren Aufgaben der Inhalt des Archivguts zuzurechnen ist.

(2) Entlehnungen für Ausstellungszwecke bedürfen einer schriftlichen Vereinbarung mit der Landesregierung (Leitung des Landesarchivs).

Reproduktionen

§ 8

(1) Die Herstellung von Reproduktionen, Ausdrucken oder elektronischen Kopien aus Datenbeständen des Landesarchivs bedarf einer schriftlichen Vereinbarung mit der Landesregierung (Leitung des Landesarchivs). Die Durchführung solcher Aufträge erfolgt nicht fristgebunden nach Maßgabe freier Arbeitskapazitäten und der technischen Möglichkeiten des Landesarchivs. Für die Reproduktionen ist ein Kostenersatz gemäß der Gebührenliste des Landesarchivs zu entrichten. Die Herstellung von Reproduktionen durch die Benutzer ist ausgeschlossen.

(2) Die Verwertungsrechte von Reproduktionen verbleiben beim Land Salzburg. Bei Veröffentlichung von Reproduktionen ist ein vollständiges Herkunfts- und Quellenzitat anzugeben und eine Copyright-Gebühr laut Gebührenliste des Landesarchivs zu entrichten.

Gebührenfreiheit und Ausnahmen davon

§ 9

(1) Die persönliche Einsichtnahme in Archivgut des Landesarchivs in dessen Benutzersaal ist gebührenfrei.

(2) Schriftliche Anfragen an das Landesarchiv werden im Rahmen der allgemeinen Auskunftserteilung beantwortet und sind bis zu einem Sachbearbeiteraufwand von einer Stunde gebührenfrei. Für weitergehende Nachforschungen wird ein Kostenersatz laut Gebührenliste des Landesarchivs in Rechnung gestellt. Vor der Durchführung solcher Nachforschungen ist dem Einschreiter eine Kostenschätzung zu übermitteln und dessen Einverständnis zum Kostenersatz laut Kostenschätzung einzuholen. Ein Anspruch auf die Einhaltung bestimmter Erledigungsfristen besteht nicht. Unter den Voraussetzungen des § 5 Abs 2 Z 2 und 3 des Salzburger Archivgesetzes kann die Durchführung solcher Nachforschungen verweigert werden.

(3) Die Gebührenliste des Landesarchivs ist im Benutzersaal an gut sichtbarer Stelle auszuhängen.

Verstoß gegen die Benutzerordnung

§ 10

Bei schwerwiegenden Verstößen gegen die Benutzerordnung kann die Benutzung des Archivgutes des Landesarchivs gemäß § 5 Abs 2 Z 1 des Salzburger Archivgesetzes eingeschränkt oder versagt werden.

Inkrafttreten

§ 11

Diese Verordnung tritt mit 1. Juni 2009 in Kraft.

Für die Landesregierung:
Die Landeshauptfrau:
Burgstaller

Anmerkungen

1 Zum Folgenden vgl. ausführlich und mit allen Quellen- und Literaturbelegen: *Fritz Koller*, Archivgesetzgebung in Österreich — Ein Überblick, in: *Archivalische Zeitschrift* 90 (2009) (im Druck).

2 Speziell zur Salzburger Situation vgl. *MGSL* 139 (1999), S. 423 ff., u. 141 (2001), S. 440 ff.

3 Die Bedenken betrafen § 4 Abs 4 des Entwurfs, der die Bewertung und Übernahme des Schriftgutes politischer Mandatäre in das zuständige Landes- bzw. Gemeindearchiv vorsah. Obwohl hier die üblichen Schutzmechanismen eingebaut waren, erfolgte eine Abänderung: § 3 Abs 6 Salzburger Archivgesetz eröffnet nunmehr einem Mandatar die Option, sein Schriftgut selbst zu bewerten und zur Verwahrung einem Privatarchiv zu überlassen. Dieses Archiv, bei dem es sich in der Regel um das Archiv einer politischen Gruppierung oder einer verwandten Einrichtung handeln wird, muss öffentlich zugänglich sein. Archivierung und Zugänglichkeit dieser Unterlagen scheinen damit gewährleistet. In jedem Fall war der Entscheidung des Souveräns ebenso Rechnung zu tragen wie der Abwägung, an dieser Frage das Gesetz insgesamt nicht scheitern zu lassen.

Anschrift des Verfassers:
HR Dr. Fritz Koller
Salzburger Landesarchiv
Michael-Pacher-Straße 40
A-5020 Salzburg

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Mitt\(h\)eilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde](#)

Jahr/Year: 2009

Band/Volume: [149](#)

Autor(en)/Author(s): Koller Fritz

Artikel/Article: [Das Salzburger Archivgesetz 443-459](#)